



24.009

Aussenpolitik 2023.

Bericht des Bundesrates

Politique extérieure 2023.

Rapport du Conseil fédéral

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.06.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.09.24 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

24.022

Aussenpolitische Strategie

2024–2027

Stratégie de politique extérieure

2024–2027

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.06.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.09.24 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

Badertscher Christine (G, BE), für die Kommission: Ihre Aussenpolitische Kommission hat an ihrer Sitzung vom 1. Juli 2024 den Aussenpolitischen Bericht 2023 zusammen mit der Aussenpolitischen Strategie für die Jahre 2024 bis 2027 beraten. Die Dokumente wurden in der Kommission gemeinsam behandelt, wie wir das auch hier im Nationalrat tun. Zur besseren Verständlichkeit werde ich in meinem Bericht aus der Kommission zuerst zum aussenpolitischen Bericht und danach zur aussenpolitischen Strategie sprechen.

Der aussenpolitische Bericht legt Rechenschaft über die Aussenpolitik der Schweiz im Jahre 2023 ab. Er ist entlang der Struktur der aussenpolitischen Strategie gegliedert und zieht im Schwerpunktkapitel eine Bilanz dieser Strategie. Trotz widriger Umstände konnten die Ziele der Strategie in ihrer Mehrheit erreicht werden. Von widrigen Umständen gab es im letzten Jahr leider allzu viel zu berichten. Zu Russlands fortgesetztem Krieg gegen die Ukraine kam der Terror der Hamas hinzu. Der Krieg im Gazastreifen birgt weiterhin weitreichende Eskalationsrisiken. Der Krieg im Sudan führt zu unvorstellbarem Elend für die Bevölkerung. Im Westbalkan setzen sich die Spannungen fort, insbesondere zwischen Kosovo und Serbien. Dazu kommt, dass der Multilateralismus durch die weltpolitische Polarisierung geschwächt wird.

Umso wichtiger ist es, dass sich die Schweiz für Frieden und Sicherheit und für den Multilateralismus engagiert. Das

AB 2024 N 1364 / BO 2024 N 1364

Aussendepartement hat sich an vielen Orten auf der Welt engagiert, sei es die Abteilung Frieden und Menschenrechte, welche wichtige Projekte für die Friedensförderung unterstützt, sei es die DEZA, die mit der Entwicklungszusammenarbeit der lokalen Bevölkerung hilft, wirtschaftliche Perspektiven aufzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen – eine wichtige Massnahme für die Friedensförderung. Auch auf höchster Ebene war das Aussendepartement aktiv. Insbesondere der Einsitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat ist zu erwähnen.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2024 • Erste Sitzung • 09.09.24 • 14h30 • 24.009
Conseil national • Session d'automne 2024 • Première séance • 09.09.24 • 14h30 • 24.009



Auch dank des Einsatzes der Schweiz konnte sich der Sicherheitsrat auf zwei Resolutionen zum Nahostkonflikt einigen. Die Schweiz konnte sich als Brückenbauerin profilieren.

In der Aussenpolitischen Kommission wurde der Bericht von allen Fraktionen zur Kenntnis genommen und grossmehrheitlich für gut befunden. Die Kommission teilte die Analyse des Berichtes weitgehend. Die weltweite Situation ist tatsächlich sehr besorgniserregend. Allerdings konnte die Mehrheit der Kommission festhalten, dass die Schweiz vieles richtig macht, beispielsweise die Arbeit im UNO-Sicherheitsrat. Ebenfalls erwähnt wurde das Engagement im Bereich Ernährungssicherheit, wo die Schweiz über gute Expertise verfügt. Ein Thema war auch die Umsetzung der Agenda 2030, welcher gemäss einigen Kommissionsmitgliedern etwas mehr Gewicht gegeben werden sollte, auch aufgrund der momentanen Weltlage.

Ebenfalls kritischer fiel die Analyse betreffend Europa aus. Einige Kommissionsmitglieder fanden den Bericht zu positiv, denn ihrer Ansicht nach konnten die Ziele im Berichtsjahr nicht erreicht werden. Von anderen Kommissionsmitgliedern wurde kritisiert, dass sich die Schweiz bezüglich der diversen Konflikte und insbesondere im UNO-Sicherheitsrat zu wenig neutral verhalte. Dabei werden für die Schweiz als neutralen Staat eher Risiken gesehen. Die Schweiz müsse mit ihrer Rolle in grossen internationalen Organisationen vorsichtiger sein. Wie bereits erwähnt, wurde der Aussenpolitische Bericht 2023 jedoch von allen Fraktionen positiv gewürdigt, und die geleistete Arbeit im Berichtsjahr wurde verdankt.

Nun zur Aussenpolitischen Strategie für die Jahre 2024 bis 2027: Die Strategie beleuchtet zuerst das ausserpolitische Umfeld. Aufgrund des Angriffskriegs gegen die Ukraine, des Kriegs in Gaza, der anhaltenden Spannungen zwischen Serbien und Kosovo und der sich verschlechternden Situation in der Sahelzone und im Sudan wird heute von einem Krisenbogen rund um Europa gesprochen. In all diesen Krisenherden ist immer die Zivilbevölkerung die Leidtragende. Der Bedarf nach humanitärer Hilfe ist enorm. Deshalb wird in der Strategie auch von Multikrisen gesprochen. Denn nebst den Konflikten verschärft der Klimawandel die Situation im Bereich Ernährungssicherheit zusätzlich. Diese anhaltende schwierige Situation verdeutlicht die Relevanz einer aktiven Aussenpolitik in der erweiterten Nachbarschaft, aber auch über Europa hinaus.

Die thematischen Schwerpunkte sind demnach Frieden und Sicherheit, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt sowie Demokratie und Gouvernanz. Im Schwerpunkt Frieden und Sicherheit sind neben dem fortgesetzten Einsatz im UNO-Sicherheitsrat auch die guten Dienste und die Friedensförderung zu nennen. Im Schwerpunkt Demokratie und Gouvernanz will die Schweiz mit der Demokratieförderung neue strategische Akzente setzen – aufgrund der internationalen Entwicklungen und des Vormarschs autoritärer Regime ist das ein relevantes Thema. Zudem hat die Schweiz in diesem Bereich viel zu bieten. Zu den Zielen gehören das Engagement für mögliche Friedensverhandlungen betreffend die Ukraine sowie, ebenfalls wichtig für die Schweiz, die Regelung des Verhältnisses zur EU. Dabei kann auf die erfolgreiche Verabschiedung des Verhandlungsmandats im letzten Jahr aufgebaut werden.

Auch die ausserpolitische Strategie wurde in der Aussenpolitischen Kommission grossmehrheitlich für gut befunden. Die thematischen und geografischen Schwerpunkte wurden begrüsst. Selbstverständlich war die Kommission nicht mit allem einverstanden. Kritisch erwähnt wurde, dass in der Strategie steht, Interessen und Werte würden sich gegenseitig bedingen. Es stellt sich jedoch die Frage, was passiert, wenn es Differenzen zwischen Interessen und Werten gibt: ob die Schweiz dann auf die Interessen fokussiert, notabene die wirtschaftlichen Interessen, oder eben auf ihre Werte. Diese Frage müsste vermehrt diskutiert werden. Zudem wurde bedauert, dass daraus zu wenig klar hervorgehe, was genau der Bundesrat unter der Neutralität versteht und wie er diese handhaben will. Einige Kommissionsmitglieder wünschten sich hier eine proaktive Kommunikation des Bundesrates und eine klarere Strategie.

Das Thema Neutralität kam in der Diskussion immer wieder zur Sprache. So waren sich die Kommissionsmitglieder nicht einig in der Frage, wie sehr sich die Schweiz in andere Länder und Konflikte "einmischen" solle. Die Meinungen darüber, ob sich die Schweiz möglichst oft für Frieden einsetzen soll, ob das nicht die Aufgabe der Schweiz sein soll und kann, gehen auseinander. Darüber, wie gross der Handlungsspielraum des Bundesrates im Bereich der Neutralität sein soll, werden wir sicher noch viele Diskussionen führen.

Ich komme zum Schluss. Es wurde mehrmals erwähnt: Die Welt ist unsicherer geworden. Konflikte und Kriege führen zu Instabilität mit verheerenden Auswirkungen auf die Menschen in diesen Regionen. Doch auch für die Schweiz mit einer der am besten vernetzten Volkswirtschaften der Welt ist diese Entwicklung keine gute Nachricht. Umso wichtiger ist es, dass sich die Schweiz auch in Zukunft in der internationalen Zusammenarbeit engagiert. Denn der Wohlstand der Schweiz geht auch mit einer globalen Verantwortung einher.

Ich erlaube mir zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung. Wir feiern dieses Jahr das 125-Jahr-Jubiläum der Geburt von Friedrich Traugott Wahlen. Er ist vielen bekannt als der General der Anbauschlacht im Zweiten Weltkrieg. Er setzte sich aber ebenso für die internationale Zusammenarbeit ein. In seiner Zeit als Bundesrat wurde dank ihm die heutige DEZA gegründet. Er betonte immer, dass die Mitverantwortung der Schweiz an





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2024 • Erste Sitzung • 09.09.24 • 14h30 • 24.009
Conseil national • Session d'automne 2024 • Première séance • 09.09.24 • 14h30 • 24.009



der Gestaltung der Welt von morgen wichtig ist.

In diesem Sinne danke ich im Namen der Kommission dem Aussendepartement für die Arbeit, welche im letzten Jahr geleistet wurde und auch in Zukunft geleistet wird.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE), pour la commission: La Commission de politique extérieure a discuté du rapport de politique extérieure 2023 et de la stratégie de politique extérieure 2024–2027 lors de sa séance du 1er juillet 2024. Elle a auditionné le secrétaire d'Etat Alexandre Fasel, qui a fait un exposé très étendu sur la situation actuelle en matière de politique étrangère. Malgré les circonstances défavorables, la majorité des objectifs fixés par la Suisse ont été atteints. Pour ce qui est des conditions difficiles, il faut évidemment mentionner la guerre en Ukraine et le conflit israélo-palestinien, en particulier les ravages dans la bande de Gaza et la problématique des otages israéliens. Dans les Balkans, les tensions sont importantes entre le Kosovo et la Serbie. Le multilatéralisme est affaibli par la multiplicité des conflits régionaux. Selon le secrétaire d'Etat, de nombreux signes montrent que nous sommes au début d'un changement d'époque. A cela se sont ajoutées des catastrophes naturelles, comme le terrible tremblement de terre en Turquie et en Syrie ainsi que les incendies de forêts dans les îles grecques.

La présence de la Suisse au Conseil de sécurité de l'ONU lui a conféré une responsabilité particulière. Rappelons que le Conseil fédéral a fixé quatre priorités pour ce mandat, à savoir: construire une paix durable, protéger la population civile, agir pour la sécurité climatique et renforcer l'efficacité du Conseil de sécurité. Elle s'est engagée notamment en faveur de deux résolutions sur le Proche-Orient visant à demander un cessez-le feu. Cet objectif n'est malheureusement pas encore atteint à ce jour. La Suisse est néanmoins reconnue comme crédible dans cette enceinte. La Suisse a pu proposer ses bons offices en Colombie et est restée active dans la région des Grands Lacs en Afrique.

Alors que le contrôle des armes s'affaiblit en général, la Suisse a contribué au renforcement du contrôle de la technologie des missiles au sein de l'ONU. Elle s'est également engagée pour la réglementation des armes autonomes. La Suisse a aussi profité de sa forte position dans le domaine

AB 2024 N 1365 / BO 2024 N 1365

de la recherche et de l'innovation pour créer la fondation "Geneva Science and Diplomacy Anticipator" (GESDA). Cette dernière a créé l'"Open Quantum Institute" au CERN, qui met les nouvelles technologies quantiques au service de l'Agenda 2030. En outre, la Suisse a présidé les travaux du Conseil de l'Europe en vue de l'élaboration d'une convention juridiquement contraignante sur l'intelligence artificielle. Il a aussi rappelé l'importance de l'écosystème de la Genève internationale, qui est le plus grand hub de gouvernance internationale; plus important encore que New York par le nombre de conférences qui s'y déroulent, le nombre de missions diplomatiques et le nombre de thèmes traités.

Voilà en résumé les points forts pour 2023. Concernant la stratégie de politique extérieure, la méthode a consisté à diminuer le nombre d'objectifs de 45 à 28 et d'en faire des éléments concrets. Ces derniers n'ont pas été abordés par le DFAE seulement, mais ont aussi été discutés dans tous les départements. Cette stratégie a fait l'objet pour la première fois d'une consultation auprès des Commissions de politique extérieure et des cantons. Les propositions des commissions ont été retenues, dont la référence à la neutralité. En raison de l'attaque terroriste du Hamas et du conflit qui s'en est suivi ainsi que des tensions entre le Kosovo et la Serbie et la crise au Sahel, on a relevé l'importance d'une politique étrangère active dans le voisinage élargi, mais aussi au-delà des frontières européennes.

A la suite des délibérations, les droits de participation du Parlement ont également été pris en compte. Dans le chapitre consacré à l'Europe, des compléments ont été insérés sur la conférence de haut niveau sur la paix en Ukraine – dite du Bürgenstock –, à laquelle 101 délégations ont participé, dont 85 Etats. A la demande des cantons, l'objectif 27 a été reformulé, au chapitre sur la démocratie et la gouvernance: les cantons souhaitent que la Suisse s'engage en faveur d'un cadre réglementaire international sur l'intelligence artificielle. Un autre objectif important doit être mentionné: il s'agit du règlement des relations avec l'Union européenne. Le département peut s'appuyer sur le mandat de négociation en cours. Il convient aussi de relever l'accord conclu entre les pays de l'AELE et l'Inde. Enfin, dans le domaine de la paix et de la sécurité, citons la prise en charge d'une nouvelle médiation au Niger et d'un mandat de puissance protectrice entre l'Equateur et le Mexique.

Concernant le point fort du multilatéralisme, une stratégie en cours d'élaboration comprendra le message sur l'Etat hôte. La stratégie expliquera comment contribuer à renforcer le multilatéralisme et la Genève internationale. Concernant la thématique de la démocratie et de la gouvernance, une nouvelle équipe de promotion de la démocratie travaille pour présenter les nouvelles lignes de notre action. Une discussion a suivi ces exposés et cela a été l'occasion pour les commissaires de poser des questions et d'y ajouter des commentaires, dont



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2024 • Erste Sitzung • 09.09.24 • 14h30 • 24.009
Conseil national • Session d'automne 2024 • Première séance • 09.09.24 • 14h30 • 24.009



voici quelques éléments. De nombreux aspects positifs ont été relevés. On a souligné que le cœur du mandat de la politique étrangère réside dans le maintien de la sécurité, du bien-être et de l'indépendance de la Suisse. Mais le DFAE relève que l'article 2 de la Constitution intègre également la préservation durable des ressources naturelles et de la paix mondiale. Néanmoins, ces buts ne sont abordés que de manière marginale.

Pour le groupe socialiste, il est regrettable que la protection des droits de l'homme ne soit pas un thème de la stratégie, alors que la prospérité et la croissance en font partie. La prospérité de la Suisse s'accompagne d'une responsabilité globale, qui doit se manifester en particulier dans la coopération internationale. Cette coopération est également dans l'intérêt de la Suisse, si notre pays veut garder une image positive à l'échelle mondiale. Le groupe socialiste souligne aussi l'importance de continuer à s'engager en faveur du multilatéralisme et en faveur du respect du droit international. En matière de contrôle de l'armement, il manque un engagement de la Suisse en faveur du Traité d'interdiction des armes nucléaires.

Le groupe des Verts salue le rapport et le document de stratégie. Il constate que la Suisse exerce une action très positive, notamment au sein du Conseil de sécurité de l'ONU, et relève que la Suisse est active dans le cadre de la résolution 1325 "Femmes, paix et sécurité". Il souligne l'engagement très important pour une meilleure sécurité alimentaire, domaine dans lequel la Suisse dispose d'une très bonne expertise. Il souligne aussi que la coopération internationale peut et doit contribuer à la sécurité de la Suisse. Le rapport énumère de nombreuses raisons pour lesquelles cette sécurité devrait être renforcée, mais c'est malheureusement le contraire qui se produit. Le groupe des Verts salue l'engagement en faveur de l'Ukraine, mais déplore que cela soit au détriment de la coopération internationale. Il déplore aussi le fait que cette approche soit en contradiction avec de nombreux objectifs de la stratégie.

Pour le groupe du Centre, un des commissaires a fait part de son interrogation sur la conception de l'universalisme du Conseil fédéral, qui interprète cette notion comme le fait d'entretenir de bonnes relations avec tout le monde. Cette vision est considérée comme trop peu ambitieuse. Le Conseil fédéral affirme que la neutralité n'est pas synonyme d'indifférence, mais qu'il souhaite également entretenir des relations universelles avec tous les Etats. Enfin, le Conseil fédéral veut promouvoir la démocratie. Comment compte-t-il s'y prendre pour convaincre un pays comme la Chine, pays avec lequel nous discutons d'un accord de libre-échange?

Pour un représentant de l'UDC, le terme de "bâtitteur de ponts", utilisé pour qualifier l'action de la Suisse au sein du Conseil de sécurité, est un peu excessif. En tant que pays neutre, l'UDC y voit plutôt des risques que des avantages pour la Suisse et veut que l'on reste prudent dans le rôle endossé au sein des organisations internationales. Lorsque l'on parle de plus de courage et de plus d'engagement, l'UDC est d'avis, au contraire, qu'une politique très active n'apporte rien à la Suisse, qui n'est qu'un petit pays. La déclaration selon laquelle, par rapport à la stratégie précédente, "une Europe stable et prospère figure en tête des priorités" est critiquée. Cela doit être une priorité pour les pays de l'Union européenne plutôt que celle de la Suisse.

Pour un représentant du groupe libéral-radical, la stratégie est globalement satisfaisante, mais soulève quelques questions. Une statistique montre dans quelles régions l'autocratie et l'autodétermination se développent. Ce parlementaire ne comprend pas très bien pourquoi, en Europe occidentale et en Amérique du Nord, la tendance est uniquement à l'"autocratisation". La neutralité est une attitude fondamentale et non un instrument; elle fait partie de l'ADN de la Suisse. Si l'on n'a pas compris cela, on aborde les défis de manière erronée. D'ailleurs, la Constitution établit que le Conseil fédéral doit prendre des mesures pour sauvegarder la neutralité. Enfin, la représentante du groupe vert/libéral relève que la Suisse n'est pas un petit pays, car elle est économiquement forte. Elle est l'une des économies les plus interconnectées du monde. La prospérité dont nous jouissons est le fait d'un choix: celui de rester très connecté sur le plan international et de refuser l'isolement. Dans ce contexte, il est primordial de soigner notre politique étrangère. Cela implique de réguler nos relations avec nos plus grands voisins. Il est intéressant de noter la mention de l'alliance avec l'Otan et la participation accrue à des exercices au sein de cette alliance. Il est important que l'on ait conscience du lien entre la politique étrangère et la politique de sécurité.

J'ai essayé de vous donner un aperçu des questions qui ont été soulevées par les différentes délégations, qui donneront leurs points de vue de façon plus détaillée dans le débat qui suivra.

Au nom de la commission, je vous recommande d'adopter les deux rapports.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Der rückblickende Bericht und die vorausblickende Strategie lassen eine zielgerichtete und der Effizienz verpflichtete Aussenpolitik erkennen. Beide Dokumente sind für die parlamentarische Aussenpolitik unabdingbar. Zur konkreten Umsetzung der Entwicklungshilfe in den nächsten vier Jahren werden wir im Rahmen der Behandlung der IZA-Botschaft Stellung nehmen, die jetzt im Ständerat behandelt wird. Die FDP-Fraktion verdankt diese Arbeiten und das grosse Engagement des





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2024 • Erste Sitzung • 09.09.24 • 14h30 • 24.009
Conseil national • Session d'automne 2024 • Première séance • 09.09.24 • 14h30 • 24.009



AB 2024 N 1366 / BO 2024 N 1366

Aussenministers und des EDA zugunsten unseres Landes, der Schweiz. Ich werde auf drei, vier internationale Aktualitäten eingehen. Mein Kollege, Nationalrat Simon Michel, wird dann unter anderem auf die Beziehungen mit der EU eingehen.

Das erste Thema lautet: Die Flexibilität der Mittelverwendung zwischen sofortiger humanitärer Nothilfe und nachhaltigen Entwicklungsprojekten hat sich bewährt. Sie wissen es: Das EDA hat sich als Ziel vorgegeben, hier eine grössere Flexibilität zu haben und Geldmittel schneller verschieben zu können. Wir wünschen uns als langfristige Zielsetzung die Verwendung von zwei Dritteln der Mittel für humanitäre Nothilfe und von einem Drittel für Entwicklungsprojekte.

Die heutige internationale Entwicklungshilfe hat sich nach einer 70-jährigen Geschichte nicht wirklich bewährt. Aus meiner persönlichen Sicht hat sie versagt. Sie spielt in die Hände der Unrechtsregimes und der Despoten. Alleine die Zahlen sprechen für sich. Die Entwicklungshilfe hat sich versiebenfacht, dies in einer Zeit, in der die Weltbevölkerung um das 2,8-Fache gewachsen ist. Und was ist besser geworden? Haben wir weniger Hunger? Haben wir weniger Flüchtlinge? Haben wir weniger Unrechtsregimes, Kriege, Konflikte? Nein, das haben wir nicht. Wenn Sie in einem Land Entwicklungsprojekte umsetzen, um die Bevölkerung über Wasser zu halten, obwohl ein Unrechtsregime nicht bereit ist, Hand zu bieten, dann helfen Sie diesem. Dieses muss sich dann nicht mehr um seine Bevölkerung kümmern. Eine gute Reputation verschafft man sich übrigens auch mit schneller Hilfe bei Katastrophen und humanitären Notlagen. Niemand in dieser Welt erinnert sich daran, wo wir welches Entwicklungsprojekt langfristig umgesetzt haben. Selbstverständlich erinnern sich die einzelnen Betroffenen in diesen Regionen daran, aber nicht die grosse Weltgemeinschaft.

Das zweite Thema ist, für eine konsequente Migrationsaussenpolitik in der Entwicklungszusammenarbeit zu sorgen. Die FDP-Fraktion fordert, dass die Entwicklungsprojekte in all jenen Ländern eingestellt werden, die nicht bereit sind, die Wanderung von Wirtschaftsflüchtlingen zu unterbinden und abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen. Warum arbeiten wir mit Staaten zusammen, die nicht mit uns zusammenarbeiten? Zudem ist dieses Geld verloren, es wird dort keine Wirkung erzielen.

Das dritte Thema ist: Als Grundlage für unseren Beitrag zum Wiederaufbau der Ukraine braucht es einen gesicherten Waffenstillstand und einen Friedensprozess, an dem beide Konfliktparteien beteiligt sind. Bereits heute stehen Bundesmittel für den Wiederaufbau in der Ukraine zur Verfügung, die gebunden werden sollen. Das erachten wir als verfrüht. Fragen wie jene nach dem Einbezug des Aggressors bei der Wiedergutmachung oder bei der nachhaltigen Sicherung der instand gestellten Infrastruktur müssen zuerst geklärt sein. Wozu wir nicht Hand bieten werden, ist, den Steuerzahler für privatwirtschaftliche Risiken geradestehen zu lassen. Kriege sind schon längst zu Geldmaschinerien mit horrendem Gewinnpotenzial verkommen. Bereits heute zahlen die Bürgerinnen und Bürger in Europa, nicht nur in der Schweiz, einen hohen Preis für den Ukraine-Krieg, währenddem sich verschiedene Wirtschaftssektoren weltweit eine goldene Nase verdienen. Dem muss jetzt ein Ende gesetzt werden.

Michel Simon (RL, SO): In Ergänzung zu Kollege Portmann werde ich noch kurz auf das Kapitel 8, "Europa", eingehen. Der englische Physiker und Präsident der Royal Society, Lord Kelvin, hat 1902 in einem Zeitungsinterview gesagt, dass kein Ballon und kein Flugzeug jemals einen praktischen Nutzen für die Menschheit haben werden. So gibt es auch heute noch Bürgerinnen und Bürger, die meinen, dass die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union keinen praktischen Nutzen für unser Land hätten. Sie sprechen von Knebelverträgen, von Unterjochung und davon, dass es unserem Land abgekapselt besser gehen würde. Das stimmt natürlich genauso wenig wie die Behauptung, dass Flugzeuge keinen praktischen Nutzen für die Menschheit hätten.

Natürlich haben die bestehenden und die neuen Verträge mit der EU einen hohen praktischen Nutzen. Deshalb gehören die Pflege und die Weiterentwicklung dieser Beziehungen mit der Europäischen Union auch zu den wichtigsten aussenpolitischen Geschäften, wie der Bericht zum Schluss kommt. Dank des Luftverkehrsabkommens zum Beispiel können wir diskriminierungsfrei jeden Flughafen in Europa anfliegen. Dank des Landverkehrsabkommens können wir pro Lastwagen, der unser Land passiert, im Mittel 325 Franken verrechnen. Dank des Landwirtschaftsabkommens können wir unsere Landwirtschaft schützen und dort handeln, wo wir wollen. Dank des MRA können wir alle Produkte, die in der Schweiz reguliert sind, im ganzen Binnenmarkt diskriminierungsfrei vertreiben. Dank des neuen Stromabkommens können wir die Stromverfügbarkeit erhöhen und die Netzstabilität verbessern, indem es Swissgrid eine gleichberechtigte Teilnahme an europäischen Netzplattformen ermöglicht. Und dank der Personenfreizügigkeit können wir Arbeitskräfte unkompliziert in die Schweiz holen, damit diese notwendige Arbeit leisten, die Schweizerinnen und Schweizer selbst nicht



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2024 • Erste Sitzung • 09.09.24 • 14h30 • 24.009
Conseil national • Session d'automne 2024 • Première séance • 09.09.24 • 14h30 • 24.009



ausführen wollen oder können, weil wir schlicht zu wenig inländische Arbeitskräfte haben.

Dennoch ist die Zuwanderung in der Schweizer Bevölkerung ein Thema, das nicht nur positiv konnotiert ist. Erfreulich ist deshalb, dass der Begriff "Migration" 29-mal im Bericht vorkommt. Der Bundesrat hat erkannt, dass er Massnahmen insbesondere im Bereich der Asymigration verstärken muss. Und die Verhandlungen zu den Bilateralen III helfen, das Thema der Migration aus dem Schengen-Raum weiter zu vertiefen und eine Brüssel-kompatible Lösung zu finden, ohne dabei 25 Jahre guter Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU zunichtezumachen. Das ist einer der grossen aussenpolitischen gordischen Knoten, die es in den kommenden zwei Jahren zu lösen gilt.

Ich danke dem Bundesrat für die gute Berichterstattung.

Gredig Corina (GL, ZH): "Krisen und Kriege hielten auch 2023 die Welt in Atem", schreibt der Bundesrat im Aussenpolitischen Bericht 2023. Eigentlich mag man da schon gar nicht mehr weiterlesen, denn wir wissen alle, was dann kommt. Wir denken sogleich an den anhaltenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, an die Nahostkrise, an den Sudan und an die weiteren Konflikte, die im Bericht beschrieben sind. Man will nicht hinsehen, und doch ist es selbstverständlich unsere Pflicht hinzusehen. Das tut der Bericht. Er zeichnet einen Krisenbogen um Europa, der sich von Eurasien über den Nahen Osten bis in die Sahelzone und den Sudan erstreckt. Die Zivilbevölkerung sei oft die Hauptleidtragende, der Bedarf an humanitärer Nothilfe bleibe hoch, hält der Bericht fest.

Wir diskutieren derzeit über Sparvorschläge, über Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit. Lassen Sie uns auch über Verantwortung sprechen, darüber, dass die kleine Schweiz sich gern kleiner macht, als sie ist. Wir können keinen Frieden erkaufen und keine Naturkatastrophen verhindern, aber wir können Leid und Armut lindern und den Menschen mit Hilfe zur Selbsthilfe eine Perspektive bieten. Wer nicht bereit ist, in Krisen zu helfen, vergrössert sie. Unsere Schweizer Tradition ist eine andere.

Krisen und Konflikte finden jedoch nicht mehr nur weit weg statt. Mit 60 000 Ukrainerinnen und Ukrainern in unserem Land und anhaltend hohen Asylzahlen spüren wir ihre Folgen auch direkt bei uns. Aussenpolitik wird zur Innenpolitik und zu unserer Finanzpolitik, zu einem Kostenfaktor. Gerne stellen wir die Kosten ins Schaulaufen der Politik. Allem und jedem hängen wir ein Preisschild an. Was kostet eine Ukrainerin mit Schutzstatus S, was ein neues Abkommen mit der EU? Kohäsionsbeitrag minus Verlust an Souveränität plus verbesserter Marktzugang dividiert durch fremde Richter – geht diese Rechnung auf? Wohl kaum. Gerade jetzt ist ein solcher Nutzen nicht nur in finanzieller Hinsicht zu bewerten. Gerade in diesen unsicheren Zeiten sollten wir den Nutzen von Sicherheit und Stabilität zu schätzen wissen. Deshalb sollten wir auch künftig mit der Entwicklungszusammenarbeit in fernen Ländern stabilisierend wirken, und darum brauchen wir eben auch geregelte Beziehungen mit unseren Nachbarn, mit der EU. Darum braucht es mehr und sicher nicht weniger internationale Kooperation mit Gleichgesinnten, wenn es um die Sicherheitspolitik geht.

AB 2024 N 1367 / BO 2024 N 1367

Der aussenpolitische Bericht ist mehr als nur eine Jahreschronik tragischer Ereignisse im Ausland. Er ist ein Pulsnehmer der Weltgeschichte, an der wir alle jeweils für einige Jahrzehnte teilhaben. Der Bericht ist der wiederkehrende Appell an uns, den Rest der Welt nicht zu vergessen, die Hände nicht einfach in den Schooss zu legen, sondern uns für eine bessere Zukunft der Menschen im globalen Süden, in Syrien, in Afghanistan, im Sudan einzusetzen. Wir wissen, wo die Krisen sind, auch wenn wir zwischen Budgetdebatten und Stehapéros manchmal lieber nicht daran denken. Es liegt in unserer Verantwortung, nicht nur zuzusehen, sondern aktiv unseren Beitrag zu leisten. Die Herausforderungen sind gross, aber unsere Möglichkeiten, einen positiven Unterschied zu machen, sind es auch. Lassen wir uns von der Fülle der Krisen nicht lähmen, sondern handeln wir entschlossen und solidarisch. Nur so können wir unserer Tradition, der humanitären Hilfe und des Engagements für Frieden und Stabilität, gerecht werden.

Die Schweiz ist stark, wenn sie sich nicht kleiner macht, als sie ist. Gemeinsam können wir einen Beitrag leisten für eine sicherere, gerechtere Welt. Das ist nicht nur eine Pflicht, sondern auch eine Chance für uns alle.

Büchel Roland Rino (V, SG): Ganz zum Anfang möchte ich zwei Komplimente machen: Erstens kommt der aussenpolitische Bericht seit einigen Jahren kompakter daher; das hat ihn für die Leserinnen und Leser verständlicher gemacht. Aber Achtung, ich habe den Eindruck, dass sich hier und da die Verwaltungsprosa mit ihren komplizierten Formulierungen in den Bericht hineingeschlichen hat. Zweitens haben die Kolleginnen Baderscher und Fehlmann Rielle den Aussenpolitischen Bericht 2023 und die entsprechenden Diskussionen in der APK-N gut zusammengefasst. Entscheidend ist jedoch nicht die Form des Reports, sondern das, was



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2024 • Erste Sitzung • 09.09.24 • 14h30 • 24.009
Conseil national • Session d'automne 2024 • Première séance • 09.09.24 • 14h30 • 24.009



der Bundesrat und die Verwaltung im Jahr 2023 konkret unternommen bzw. nicht unternommen haben.

Die Grüne Partei und die SP sind sich mit ihrem internationalistischen Ansatz in der Aussenpolitik und ihrem sorglosen Umgang mit den Steuergeldern immer öfter mit dem Bundesrat und der Verwaltung einig; wie ich vorhin gehört habe, gilt das auch für die GLP. Sie werden dabei mehr und mehr von Fraktionen gestützt, die sich in ihren bunten Auftritten als bürgerlich bezeichnen.

Was lesen wir im Bericht? Was haben wir aus den soeben gehaltenen Voten dazugelernt? Es gab eine Lobeshymne nach der anderen auf den Internationalismus. Ich bin da weniger euphorisch, genauso wie die SVP. Sind wir wirklich die grossen Brückenbauer im UNO-Sicherheitsrat, wie wir vorhin gehört haben? Wir sind überzeugt, dass eine freie und möglichst unabhängige Schweiz den Menschen im Land Unabhängigkeit, Freiheit und Wohlstand bieten kann. Ich bin schon überrascht, dass die Vertreter der GLP-Fraktion in ihren Voten plötzlich von Tradition sprechen. Wenn eine Partei mit der Tradition bricht, wo es nur geht, dann ist es die GLP. Aber der Bundesrat ist, wie vorhin erwähnt, aktuell auf eine ungesunde Art internationalistisch unterwegs; Kollege Franz Grüter wird dann noch detaillierter darauf eingehen.

Nehmen wir als Beispiel den Paketansatz mit der EU. Im Bericht werden diesem gar wegweisende Elemente zugeschrieben: "Damit verfolgt der Bundesrat das Ziel, den bilateralen Weg unter Wahrung der essenziellen Interessen der Schweiz weiterzuentwickeln und zu stabilisieren." Wenn ich sehe, wie Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung aus der Hand gegeben werden, und wenn ich dazu die Voten der anderen Fraktionen höre, dann muss ich mir die Frage stellen: Setzt sich nur noch die SVP ernsthaft für die Wahrung einer unabhängigen und neutralen Schweiz ein? Gut, ganz alleine sind wir nicht, es gibt ja noch die Parteien, welche mit uns eine Fraktionsgemeinschaft bilden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der sogenannten fortschrittlichen Parteien, unser Land darf nicht weiter schleichend in internationale Gebilde eingebunden werden. Folgende Worte gehen an Verteidigungsministerin Viola Amherd: Die Schweiz soll und darf nicht mit der Nato ins Bett gehen. Kollege Simon Michel, für sich selber zu schauen hat mit Abkapselung nichts zu tun.

Die SVP bekennt sich auf Basis der Neutralität zu einer glaubwürdigen Politik der guten Dienste, der Vermittlung, des Handels auf Augenhöhe und der humanitären Hilfe. Aber die enormen Mittel für die Entwicklungshilfe müssen überprüft und gekürzt werden – und nicht erhöht, wie von gar manchen in diesem Rat gefordert wird. Darum sage ich Ihnen mit aller Deutlichkeit, und zwar auf Französisch, da wir keinen französischsprachigen Sprecher haben:

L'UDC s'engage pour la préservation d'une Suisse indépendante et neutre. Les élites politiques doivent cesser d'intégrer sans cesse notre pays dans des structures internationales.

Jetzt wird sich mein Kollege Franz Grüter zur aussenpolitischen Strategie für die kommenden Jahre äussern und anschliessend, beim folgenden Geschäft, Kollege David Zuberbühler zur UNRWA. Das umstrittene UNO-Hilfswerk wird übrigens im Bericht, wenn ich es richtig gesehen habe – und ich glaube, das habe ich –, mit keinem einzigen Wort erwähnt. Das finde ich dann schon überraschend.

Grüter Franz (V, LU): In Artikel 184 der Bundesverfassung steht: "Der Bundesrat besorgt die auswärtigen Angelegenheiten unter Wahrung der Mitwirkungsrechte der Bundesversammlung; er vertritt die Schweiz nach aussen." Genau damit befassen wir uns heute. Gerne äussere ich mich deshalb zur Aussenpolitischen Strategie 2024–2027 des Bundesrates.

Das Prinzip der Mitwirkung funktioniert nur, solange der Bundesrat keine laute oder forsche Aussenpolitik betreibt, sondern eine Politik der Zurückhaltung, eine Politik der leisen und kleinen Schritte, eine bescheidene Aussenpolitik. Das ist nicht nur im Interesse unseres Landes wichtig, sondern liegt auch im Interesse der Schweizer Bevölkerung.

In seiner Medienmitteilung von Anfang Jahr hielt der Bundesrat fest, dass der thematische Schwerpunkt Frieden und Sicherheit als unabdingbare Voraussetzung für Wohlstand beibehalten werde. Wir teilen diese Einschätzung. Die Stabilität der Schweiz ist für unser Land ein wichtiger Erfolgsfaktor. Ohne Frieden und Sicherheit gibt es keine Stabilität. Stabilität ist für die Bevölkerung ebenso wichtig wie für die Wirtschaft und die Unternehmungen in diesem Land. Weiter sagt der Bundesrat, dass sich die Schweiz als Land verstehe, in dem Frieden, das Völkerrecht und der Multilateralismus eine wichtige Rolle spielen. Ebenfalls genannt werden Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Diese vier Pfeiler der Schweizer Identität werden in der neuen aussenpolitischen Strategie bestätigt.

Man muss nun schon einigermaßen biegsam sein, wenn man beim Thema Schweiz, Aussenpolitik und Identität den Begriff der Neutralität vermeidet. Auch wenn die Neutralität gewissen Kreisen schon länger ein Dorn im Auge ist, ist sie ein Kernstück der Schweizer Identität und der zentrale Begriff der schweizerischen Aussenpolitik. Aktuell gibt es gemäss UNO weltweit über 150 Kriege, Bürgerkriege, Konflikte, schwelende Konflikte.





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2024 • Erste Sitzung • 09.09.24 • 14h30 • 24.009
Conseil national • Session d'automne 2024 • Première séance • 09.09.24 • 14h30 • 24.009



Gerade deshalb ist es wichtig, dass es neutrale Kleinstaaten gibt. Es braucht Länder und Orte auf dieser Welt, wo sich Streitparteien treffen können, wo Mediation betrieben werden kann, wo geschlichtet, wo vermittelt wird. Daher sind wir der festen Überzeugung, dass wir zur Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz auch in Zukunft Sorge tragen müssen.

Kurz möchte ich noch auf das Votum von Kollege Simon Michel eingehen. Er hat vorhin erneut das Loblied der Bilateralen III angestimmt und vom Verhältnis der Schweiz zur EU gesprochen. Ja, das wird wahrscheinlich die wichtigste und wegweisendste Abstimmung der nächsten Jahre sein, die unser Land zu bewältigen hat. Ich weiss nicht, wie Kollege Michel – er ist leider gerade nicht im Saal – immer noch von den Bilateralen III sprechen kann. Der Begriff ist falsch, auch die EU legt Wert darauf, dass es keine bilateralen Verträge mehr geben wird. Es handelt sich um einen Unterwerfungsvertrag: Man will, dass wir automatisch europäisches Recht übernehmen müssen; man will, dass wir bestraft werden, wenn wir uns nicht an die Brüsseler Regeln halten; man will Ausgleichsmassnahmen und so weiter. Im Grunde ist es ein Kolonialvertrag! Einen solchen werden wir bekämpfen, das ist klar. Einmal mehr möchte ich hier an Sie appellieren,

AB 2024 N 1368 / BO 2024 N 1368

die Stärken unseres Landes nicht durch solch einen Vertrag massiv zu schwächen.

Erlauben Sie mir ein letztes Wort. Sie, Herr Bundesrat, sprechen von Sicherheit und Frieden. Das gilt für unser Land auch innenpolitisch. Wenn ich mir die Migrationspolitik anschau, wenn ich sehe, wie sich die Zuwanderung, vor allem die illegale, und der Asylbereich in den letzten Jahren entwickelt haben, dann erkenne ich, dass massiver Handlungsbedarf besteht. Deshalb appelliere ich hier an Sie und schliesse mich dabei dem Votum von Kollege Portmann an: Wenn wir beispielsweise Entwicklungshilfe in Ländern leisten, die keine Migranten zurücknehmen, betreiben wir eine inkonsequente Aussenpolitik. Aus unserer Sicht besteht genau dort dringender Handlungsbedarf.

Rumy Farah (S, SO): Der Aussenpolitische Bericht 2023 reflektiert die herausfordernde Lage unserer Welt. Der anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Eskalation im Nahen Osten, globale Blockbildungen, die Erosion des Multilateralismus, Naturkatastrophen infolge des Klimawandels sowie weitere geopolitische und globale Herausforderungen stellten auch für die Schweiz eine immense Belastung dar. Der Bericht bewertet deshalb die vergangene Legislatur als die schwierigste seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die grösste und wichtigste Baustelle in der Schweizer Aussenpolitik ist sicherlich unsere Beziehung zur Europäischen Union. Nachdem der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU im Mai 2021 unilateral abgebrochen hatte, ging es im Jahr 2023 endlich vorwärts. Nach zahlreichen Sondierungsrunden konnte der Bundesrat kurz vor Weihnachten 2023 den Entwurf eines Verhandlungsmandats mit der EU verabschieden. Für die SP ist es nicht nachvollziehbar, weshalb zwischen dem Abbruch der Verhandlungen und dem neuen Entwurf des Verhandlungsmandats zweieinhalb Jahre vergehen mussten. Zwar konnte eine Teilassoziiierung an Horizon Europe erreicht werden, doch der Bericht hält zu Recht selbstkritisch fest, dass während der vergangenen Legislatur kein umfassendes Abkommen mit der EU erzielt wurde und somit wichtige Aspekte der Schweiz-EU-Beziehungen immer noch ungeklärt sind. Für die Schweizer Sozialdemokratie ist klar: Die Stabilisierung und die Weiterentwicklung der Beziehungen zur EU müssen oberste Priorität geniessen. Denn unter anderem unsere Arbeitsplätze, unser Wohlstand, unsere Bildung und unsere Forschung hängen davon ab.

Das Jahr 2023 war auch von der Fortführung des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands gegen die Ukraine geprägt. Hier ist der Aussenpolitische Bericht 2023 jedoch beschönigend, da er das Schweizer Engagement für die Ukraine hoch lobt. Selbstverständlich ist es zu begrüessen, dass Ukrainerinnen und Ukrainer in der Schweiz über den Status S aufgenommen werden und dass die Schweiz sich für die Einrichtung eines Sondertribunals zur Verfolgung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine einsetzt. Aber seien wir ehrlich: Die Schweiz unterstützt die Ukraine in relativ geringem Ausmass. Dass sie dies aus neutralitätsrechtlichen Gründen nicht militärisch tun kann, ist verständlich. Aber dass sie auch in der humanitären Hilfe und im Wiederaufbau der Ukraine zu den europäischen Schlusslichtern gehört, ist beschämend. Immerhin hat sie mit der Bürgenstock-Konferenz dieses Jahr einen wichtigen diplomatischen Beitrag geleistet. Dies betrifft jedoch nicht die Berichtsperiode und ist somit nicht Teil des vorliegenden Geschäfts.

Für die SP ist klar: Wenn der Aussenpolitische Bericht 2023 schon von einer kohärenten Aussenpolitik spricht, so soll unsere Aussenpolitik auch tatsächlich kohärent sein. Das ist sie jedoch nicht. Die Schweiz verfolgt eine Rhetorik der Unterstützung der Ukraine, leistet aber einen relativ geringen Beitrag zur humanitären Hilfe und zum Wiederaufbau ebendieser. Dies muss sich ändern.

Zum Schluss ein paar lobende Worte an den Bundesrat und das EDA: Die Schweiz mag klein sein, aber sie kann global Grosses bewirken. Die Schweiz ist dem Multilateralismus verpflichtet und setzt sich für eine





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2024 • Erste Sitzung • 09.09.24 • 14h30 • 24.009
Conseil national • Session d'automne 2024 • Première séance • 09.09.24 • 14h30 • 24.009



gerechte und effiziente Reform der UNO ein. Wir sehen dies an ihrer im Bericht beschriebenen Arbeit im UNO-Sicherheitsrat und an ihrem humanitären Engagement. Die Schweiz spielte im ersten Jahr ihres Einsitzes im UNO-Sicherheitsrat eine konstruktive Rolle. Sie setzte sich im obersten Gremium der Vereinten Nationen im Jahr 2023 konsequent für Frieden, menschliche Sicherheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ein. Trotz dieses Engagements ist für die SP-Fraktion klar: Wir dürfen nicht untätig zusehen, wie geopolitische Rivalitäten, nukleares Säbelrasseln, ein sich erhitzender Planet oder Menschenrechtsverletzungen die Welt destabilisieren. Die Schweiz ist zwar aktiv, doch es gilt, mehr zu tun. So ist die Schweiz beispielsweise immer noch nicht Teil des Kernwaffenverbotsvertrags.

Doch auch der Einsatz der Schweiz in der UNO ist nicht nur lobenswert. So hat die Schweiz in der UNO-Generalversammlung bei der Aufgleisung der UNO-Steuerkonvention eine defensive Rolle gespielt. Damit muss Schluss sein. Denn für die SP ist klar: Wahre Steuergerechtigkeit kann nur global erreicht werden. Und deshalb macht es Sinn, dass die wichtigste universelle internationale Organisation, die UNO, in ihrer Bestrebung zu einer UNO-Steuerkonvention gestärkt wird. Denn dies liegt auch im mittelfristigen Interesse der Schweiz selbst, da es zu einem gerechteren und stabileren internationalen System beitragen wird.

In diesem Sinne nimmt die SP-Fraktion den Aussenpolitischen Bericht 2023 zur Kenntnis. Claudia Friedl wird für die SP-Fraktion zur Aussenpolitischen Strategie 2024–2027 sprechen.

Friedl Claudia (S, SG): Im Namen der SP-Fraktion äussere ich mich jetzt zur Aussenpolitischen Strategie 2024–2027.

In der aussenpolitischen Strategie steht: "Eine Klärung der offenen Fragen im Verhältnis zur EU ist unabdingbar." Das ist keine Aussage mit News-Gehalt, aber natürlich unterstützt die SP diese Aussage. Der Bundesrat spricht von geregelten und entwicklungsfähigen Beziehungen zur EU als Ziel. Auch für die SP ist dies ein wichtiger Punkt in der Aussenpolitik. Die SP erwartet nun aber auch, dass die laufenden Verhandlungen mit der EU bald, idealerweise noch in diesem Jahr, abgeschlossen werden. Neben den aussenpolitischen Verhandlungen braucht es jedoch bereits jetzt innenpolitische Verhandlungen. Denn sollten Teile der Abkommen mit der EU innenpolitisch nicht mehrheitsfähig sein, braucht es kompensierende Massnahmen im Schweizer Recht. Hier braucht es eine klare Parallelität in den Verhandlungen.

Die neue Strategie baut auf der alten auf. Das ist nachvollziehbar. Es ist aber eine Realität, dass sich die internationale Grosswetterlage in den vergangenen vier Jahren weiter akzentuiert hat. Die traditionellen Machtverhältnisse ändern sich. Der Einfluss autokratischer Staaten nimmt laufend zu. Darauf muss auch unsere Aussenpolitik reagieren. In der Strategie kommt uns dies noch zu wenig zum Ausdruck.

Auf grosses Unverständnis stösst bei der SP, dass die sehr wichtigen Themen Ernährungssicherheit und Schutz der Menschenrechte keine Schwerpunktthemen sind, während das Wirtschaftsthema, der Schwerpunkt Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit, als solches aufgenommen und so in den Vordergrund gerückt worden ist. Diese Verschiebung der Wichtigkeit zieht sich durch die Strategie hindurch. Aus SP-Sicht ist dies eine falsche Tendenz. Die globale Armutsbekämpfung muss ein Schwerpunkt der aussenpolitischen Strategie der Schweiz sein. Aber die Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit schlägt die tiefste Quote der öffentlichen Entwicklungshilfe seit dem Jahr 2003 vor. Die Bürgerlichen – wir haben es vorhin von der FDP und der SVP gehört – sind bereit, die Entwicklungszusammenarbeit noch weiter zu kürzen. Der Beitrag der Schweiz für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sinkt somit ins Bodenlose. Angesichts multipler Krisen in der Welt ist das ein unverantwortlicher Entscheid.

Grosse Bedeutung kommt in dieser sich ändernden Welt dem Multilateralismus zu. Wir begrüssen es sehr, dass die Schweiz den Schritt in den UNO-Sicherheitsrat gewagt hat. Sie setzt dort Akzente, so zum Beispiel mit ihrem Einsatz für die UNO-Resolution 1325, "Frauen, Frieden, Sicherheit", die sie glaubwürdig thematisiert hat. Friedensförderung bleibt als Schwerpunkt der Schweizer Aussenpolitik erhalten, was wir sehr begrüssen.

AB 2024 N 1369 / BO 2024 N 1369

Wichtig ist das Engagement für die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Es zeichnet sich ab, dass die meisten Ziele nicht erreicht werden können. Trotzdem müssen die internationalen Anstrengungen weitergehen. Es ist gut, dass sich die Schweiz bei der Folgeagenda "post-2030" engagiert einbringen will. Es darf aber keine Nivellierung der Ziele nach unten geben.

Schliesslich erwähnt die aussenpolitische Strategie auch die Neutralität. Es ist ein Thema, das uns auch in den nächsten Jahren weiter begleiten wird. Die global geltenden Regeln schützen insbesondere auch kleine und mittelgrosse Staaten wie die Schweiz vor der Macht der Stärkeren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und dem Bundesrat für die Arbeit.





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2024 • Erste Sitzung • 09.09.24 • 14h30 • 24.009
Conseil national • Session d'automne 2024 • Première séance • 09.09.24 • 14h30 • 24.009



Walder Nicolas (G, GE): Le groupe des Verts vous remercie pour le très bon et intéressant rapport de politique extérieure pour l'année 2023. Nous partageons en grande partie l'analyse du Conseil fédéral. La situation mondiale est en effet extrêmement préoccupante.

Cette situation rend plus urgente que jamais la nécessité d'ancrer nos relations bilatérales avec l'Union européenne dans la durée. C'est pourquoi le groupe des Verts se félicite de la reprise des négociations pour un paquet Bilatérales III. Cet accord devrait être la priorité pour le Conseil fédéral au vu de ses enjeux. Nous espérons que le Conseil fédéral y mettra toute l'énergie nécessaire pour que les négociations aboutissent dans le plus bref des délais.

C'est avec satisfaction que nous constatons dans ce rapport que la Suisse s'est engagée pour la défense de nos valeurs, par exemple au sein du Conseil de sécurité de l'ONU, où la Suisse s'est engagée fortement pour la résolution 1325, "Femmes, paix et sécurité". Il faut également saluer le travail de la Suisse dans la coopération au développement. On peut notamment citer son engagement très important pour une meilleure sécurité alimentaire, domaine dans lequel la Suisse dispose d'une bonne expertise, et les efforts importants dans la promotion de la paix, qui méritent également d'être relevés. Nous tenons donc à remercier la DDC et la division Paix et droits de l'homme pour le travail très apprécié qu'elles ont accompli l'année dernière et pour leur engagement sans faille. Ce travail fructueux ne va pas de soi en ces temps difficiles; il est bon de le rappeler.

Ce qui nous manque cependant, c'est la perspective d'un engagement cohérent de la Suisse dans la coopération internationale et pour l'Agenda 2030 de l'ONU. En raison des besoins énormes et des reculs dans la mise en oeuvre de cet agenda, la Suisse devrait, d'autant plus comme pays riche, accroître son engagement. Cela m'amène à la stratégie de politique étrangère pour les années 2024–2027. Là aussi, nous partageons largement les analyses présentées, notamment en ce qui concerne les différents conflits et leurs causes. Nous saluons le fait que la Suisse veuille s'engager en tant que bâtisseuse de ponts pour la paix et les droits de l'homme. A la page 15 du rapport, il est écrit que la Suisse veut mettre davantage en valeur sa conception globale de la sécurité au-delà de la stricte dimension militaire. C'est un message très important, car notre sécurité ne sera assurée que dans un monde stable, coopératif et respectueux de l'ordre international, car, quel que soit le budget militaire que l'on votera ici, un petit pays comme la Suisse ne pourra jamais être en sécurité dans un monde chaotique où règne la loi du plus fort. C'est ainsi que la coopération internationale peut et doit contribuer à la sécurité de la Suisse, notamment grâce à la promotion de la paix, mais aussi à travers la coopération au développement.

Les deux rapports fournissent de nombreux arguments qui plaident pour un renforcement de la coopération internationale, mais c'est malheureusement le contraire qui est annoncé par la Suisse. Nous saluons bien entendu l'augmentation de l'engagement de la Suisse en Ukraine. Cela fait bientôt trois ans que le groupe des Verts demande un financement responsable pour l'Ukraine. Nous avons déjà estimé à 5 milliards de francs la participation que la Suisse devrait apporter à l'Ukraine. Parce que notre groupe considère que la Suisse peut et doit faire plus pour l'Ukraine, sachant que nous ne participons pas à son effort de guerre et que de sa capacité de résistance dépend aussi la sécurité de notre continent et la défense de nos valeurs, nous sommes très satisfaits de voir le Conseil fédéral se rallier à notre demande. Toutefois, nous rejetons l'idée que la reconstruction de l'Ukraine doit être prélevée sur le budget de la coopération internationale. Enlever au Sahel ce que l'on donne à l'Ukraine ne conduira pas à un monde plus stable, d'autant plus pour des objectifs qui n'ont pas grand-chose à voir avec la coopération au développement, mais plutôt avec la promotion économique, si l'on en croit l'ordre de mission du nouveau délégué du Conseil fédéral pour l'Ukraine.

Pourtant, ce que prévoit le Conseil fédéral, c'est de réduire le budget de la coopération internationale dans la nouvelle stratégie, sans parler du fait que le Conseil des Etats a, du moins provisoirement, encore aggravé la situation avec des mesures d'économie. C'est inacceptable au vu de la situation mondiale actuelle et définitivement en contradiction avec les nombreux objectifs de la stratégie de politique étrangère. Réduire la coopération au développement est incompréhensible, non seulement en raison des besoins croissants des populations les plus fragiles, mais aussi de la situation géopolitique mondiale. Au chapitre 2 de la stratégie de politique étrangère, il est écrit que les Etats Brics exercent une influence croissante sur les pays du Sud global. Si l'on pense à la Russie ou à la Chine, ce n'est évidemment pas à l'avantage des droits humains et des valeurs démocratiques pour lesquelles la Suisse ne cesse de s'engager. Et ce n'est pas non plus à l'avantage des intérêts économiques de notre pays qui dépendent, faut-il le rappeler, d'un ordre multilatéral stable.

C'est pourquoi le groupe des Verts demande que, face à de tels enjeux, la coopération internationale de la Suisse soit développée en lui donnant plus de moyens et plus de poids politique. Nous espérons vivement que le Conseil fédéral fera finalement preuve de cohérence en se donnant les moyens d'atteindre ses objectifs et ainsi de défendre au mieux les intérêts de notre pays.





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2024 • Erste Sitzung • 09.09.24 • 14h30 • 24.009
Conseil national • Session d'automne 2024 • Première séance • 09.09.24 • 14h30 • 24.009



Pour conclure, nous aimerions encore une fois vous remercier pour les deux très bons rapports, que nous acceptons, ainsi que pour le travail accompli en 2023.

Arslan Sibel (G, BS): Die Grüne Fraktion bedankt sich für den sehr guten und interessanten Aussenpolitischen Bericht 2023. Wir teilen die Analyse des Bundesrates weitgehend. Die weltweite Situation ist tatsächlich sehr besorgniserregend. Allerdings können wir auch festhalten, dass die Schweiz vieles richtig macht. Das betrifft beispielsweise ihre Arbeit im UNO-Sicherheitsrat und dort insbesondere, dass sie sich aktiv für die Umsetzung der Resolution 1325, "Frauen, Frieden und Sicherheit", einsetzt.

Weiter tut die Schweiz dies auch im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Zu nennen sind hier insbesondere das sehr wichtige Engagement für mehr Ernährungssicherheit, wo sie über gute Expertise verfügt, und die wichtigen Bemühungen in der Friedensförderung. An dieser Stelle ein grosser Dank meinerseits für die wertvolle Arbeit, die in den letzten Jahren geleistet wurde, sowie für das grosse Engagement der DEZA und der Abteilung Frieden und Menschenrechte des EDA. Diese wichtige und erfolgreiche Arbeit ist in diesen schwierigen Zeiten nicht selbstverständlich. Es gibt zahlreiche Krisen auf der Welt, und gerade in Krisen braucht es Stabilität und eben auch Engagement. Was uns jedoch fehlt, ist die Aussicht auf ein grösseres Engagement der Schweiz in der internationalen Zusammenarbeit und für die Agenda 2030. Aufgrund der grossen Bedürfnisse und in Anbetracht der Rückschritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 wäre dies sehr wichtig und wünschenswert.

Damit komme ich zur Aussenpolitischen Strategie 2024–2027. Auch hier teilen wir die Analysen weitgehend, insbesondere das, was die verschiedenen Konflikte und deren Ursachen betrifft. Umso mehr begrüssen wir, dass sich die Schweiz als Brückenbauerin für Frieden und Menschenrechte einsetzen will. Die internationale Zusammenarbeit, aber auch die Friedensförderung und die Entwicklungszusammenarbeit tragen zur Sicherheit der Schweiz bei.

AB 2024 N 1370 / BO 2024 N 1370

Beide Berichte liefern ohnehin viele Gründe, wieso die internationale Zusammenarbeit gestärkt werden müsste. Doch was jetzt im Moment passiert, ist genau das Gegenteil. Dass die Schweiz ihr Engagement in der Ukraine vergrössert, begrüssen wir Grünen sehr. Allerdings geht die Entwicklung im Moment auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit in anderen Ländern, wo Kürzungen stattfinden sollen – dort, wo Krisen, Armut und Not herrschen. Das jedenfalls sieht der Bundesrat in der neuen IZA-Strategie vor. Zudem hat der Ständerat – zumindest vorläufig; wir hoffen, dass er sich hier noch für einen anderen Weg entscheidet – die Situation weiter verschlimmert. Das ist aufgrund der momentanen Weltlage inakzeptabel und sehr zu bedauern. Unseres Erachtens steht dies definitiv auch im Widerspruch zu vielen Zielen der aussenpolitischen Strategie.

Dass die Entwicklungszusammenarbeit faktisch gekürzt wird, ist nicht nur aufgrund der Bedürfnisse, sondern auch aufgrund der geopolitischen Weltlage unverständlich. Man kann nicht immer wieder hier im Parlament verlangen, dass mehr Sicherheit und Stabilität auch für uns in der Schweiz herrschen. In Kapitel 2 der aussenpolitischen Strategie wird beschrieben, dass die Brics-Staaten im globalen Süden immer mehr Einfluss nehmen – nicht zum Vorteil für die Menschenrechte und die demokratischen Werte, für welche sich die Schweiz einsetzt. Umso wichtiger wäre es also, die internationale Zusammenarbeit der Schweiz auszubauen und ihr auch politisch mehr Gewicht zu geben. Es wäre allerdings nötig, dies nicht nur aus Solidarität zu tun, sondern auch für die Sicherheit der Schweiz, wie ich es vorhin erwähnt habe. Es ist für uns als Land wichtig, dass der Multilateralismus gestärkt wird und dass nicht immer mehr Länder autoritären Regimen anheimfallen. Dass es der Schweiz nur so gut geht, wie es der Welt geht, das wissen wir.

Wir hoffen sehr, dass diese Erkenntnisse dazu führen, dass die internationale Zusammenarbeit nicht geschwächt, sondern gestärkt wird. Wir wünschen uns natürlich auch, dass nicht nur die internationale Zusammenarbeit, sondern auch die engen Beziehungen zu unserem wichtigsten Partner, der EU, gestärkt werden und dass hier in den nächsten Jahren für mehr Stabilität und bessere Beziehungen gesorgt wird. Dazu braucht es mehr Mut und Durchsetzungsvermögen seitens des Bundesrates. Deshalb wünschen wir uns hier mehr Tatkraft vonseiten des Bundesrates.

Schneider-Schneiter Elisabeth (M-E, BL): Auch die Mitte-Fraktion bedankt sich für den Bericht über die Aussenpolitik 2023 und die kommende Strategieperiode. Beide Vorlagen sind präzise und zeigen auf, wo und wie sich die Schweiz in der Welt positioniert. Wir leben in bewegten Zeiten. Eine Weltordnung, die uns Frieden und Sicherheit beschert, droht in sich zusammenzufallen. Mächtige Staaten betreiben reine Interessenpolitik und kapseln sich immer mehr ab. Unser Verhältnis zur Europäischen Union, der Krieg in der Ukraine, der Nahostkonflikt, das Blockdenken in China und in den USA, die Migrationsströme sowie Kriege und Krisen zeigen auf, wie verletzlich wir sind und welche Auswirkungen die weltweiten Verflechtungen zwischen Individuen,



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2024 • Erste Sitzung • 09.09.24 • 14h30 • 24.009
Conseil national • Session d'automne 2024 • Première séance • 09.09.24 • 14h30 • 24.009



Gesellschaften, Politik und Volkswirtschaften haben können. Die Schweiz hat dank ihrer offenen Haltung, vielfältigen Gesellschaft, Zuverlässigkeit und Souveränität einen hohen Wohlstand erreicht. Die Mitte-Fraktion will, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Die aussenpolitische Strategie des Bundesrates soll die Leitplanken dazu geben.

Die Mitte-Fraktion sieht folgende Prioritäten:

1. Wir fordern die Einhaltung der internationalen Regeln und der völkerrechtlichen Prinzipien. Der vorliegende Bericht und auch die Strategie zeigen auf, welche Antworten die Schweiz auf diese Entwicklungen hat. Für die Mitte-Fraktion steht die Einhaltung der internationalen Regeln und der völkerrechtlichen Grundprinzipien im Vordergrund, damit eine Weltordnung, die Frieden, Freiheit und Wohlstand garantiert, möglich bleibt. Wir fordern die Einhaltung dieser Prinzipien, welche im Ukraine-Krieg schwerwiegend verletzt werden. Staatliche Souveränität und territoriale Integrität sind zentrale Grundlagen für den Frieden in Europa. Die Schweiz setzt sich mit aller Härte dafür ein, dass diese zentralen Grundlagen eingehalten werden, und sie hat alles Interesse daran; denn der Angriff Russlands auf die Ukraine ist ein Angriff auf die freiheitlichen Werte des Westens und damit auch ein Angriff auf die Schweiz. Die Schweiz positioniert sich unmissverständlich auf der Seite des Völkerrechts. Sie tut das auf der Grundlage ihrer eigenständigen und der Neutralität verpflichteten Aussenpolitik.

2. Wir fordern eine selbstbewusste EU-Politik. Stabile Beziehungen zur EU, unserer wichtigsten Handelspartnerin, sind zentral für die Wirtschaft. Die Mitte will darum eine starke Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, die den Wohlstand der Schweiz gewährleistet. Das Volk hat dazu mehrmals Ja gesagt. Wir alle profitieren jeden Tag davon, dass wir uns in Europa frei bewegen, unsere Waren und Dienstleistungen ohne Nachteile in der EU verkaufen und den Austausch von Wissen pflegen können. Wir setzen den bilateralen Weg mit der EU nicht aufs Spiel und sagen mit Überzeugung Nein zu allen hängigen Initiativen, welche die Bilateralen gefährden. Wir engagieren uns für die in Verhandlung stehende Paketlösung und setzen uns auch für einen baldigen Abschluss der Verhandlungen ein. Der Bundesrat ist gefordert, in den noch offenen Punkten Lösungen vorzuschlagen. Vor allem im Bereich der Zuwanderung braucht die Schweiz bilaterale oder unilaterale Rezepte.

3. Die Mitte-Fraktion fordert enge wirtschaftliche Beziehungen mit unseren Partnern. Freihandelsabkommen (FHA) sind dafür das richtige Mittel. Dabei müssen wir die Interessen unserer eigenen Wirtschaft selbstbewusst gegenüber Partnerstaaten vertreten. Die Schweiz soll aktiv neue FHA abschliessen, damit sie nicht von einigen wenigen Partnern abhängig wird. Bei all den bilateralen oder gemeinsam mit der EFTA ausgehandelten Abkommen darf aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass FHA künftig wohl nicht mehr einfach so ohne Volksabstimmung zu haben sind.

4. Die Mitte-Fraktion fordert, dass die Schweiz international stark vernetzt bleibt, eine friedliche und gerechte internationale Ordnung unterstützt und ihre humanitäre Verantwortung wahrnimmt. In einer globalisierten Welt darf sich die Schweiz nicht zurückziehen. Wir wollen keine Abschottungspolitik. Die Schweiz ist ein verlässlicher und neutraler Partner. Dialog ist unsere Stärke. Das muss weiterhin so bleiben. Pflegen wir gute Beziehungen zu unseren Partnern, so kann auch die Schweiz auf neue Bedrohungslagen, Krisen und Nottfälle besser reagieren.

5. Die Mitte-Fraktion will eine adäquate Sicherheitspolitik. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat unser Sicherheitsbedürfnis verändert. Eine wirksame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik erfordert, dass wir unsere eigene Verteidigungsfähigkeit stärken. In einer vernetzten und globalisierten Welt kann die Schweiz ihre Sicherheit nicht im Alleingang gewährleisten. Zu einer wirksamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gehört die verstärkte Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern.

6. Die Mitte-Fraktion will eine nachhaltige Aussenpolitik. Wir tragen zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens bei und unterstützen Entwicklungsländer bei der Umsetzung ihrer Klimaziele. Wir fordern eine effektive Gesundheitsaussenpolitik, welche in der Lage ist, Krisen wie die aktuelle gemeinsam mit den anderen betroffenen Staaten zu meistern. Die globale Gesundheitsordnung muss einen zentralen Stellenwert erhalten, damit Gesundheitskrisen, wie wir sie heute haben, besser bewältigt werden können.

7. Nicht zuletzt fordert die Mitte-Fraktion die Weiterführung der China-Strategie. Die Schweiz muss sich der Abhängigkeiten bewusst sein, nicht zuletzt auch in Bezug auf die Versorgungssicherheit hinsichtlich strategischer und kritischer Rohstoffe. Eine Rohstoffstrategie, welche den geopolitischen Wirren Rechnung trägt, ist überfällig.

In diesem Sinne bedankt sich die Mitte-Fraktion für den Aussenpolitischen Bericht 2023 und die Aussenpolitische Strategie 2024–2027 und nimmt davon Kenntnis.

Cassis Ignazio, consigliere federale: Il Rapporto di politica estera del Consiglio federale evidenzia come la situazione politica si sia ulteriormente aggravata e deteriorata nel 2023.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2024 • Erste Sitzung • 09.09.24 • 14h30 • 24.009
Conseil national • Session d'automne 2024 • Première séance • 09.09.24 • 14h30 • 24.009



AB 2024 N 1371 / BO 2024 N 1371

Alla guerra russa in Ucraina si è aggiunto il terrorismo di Hamas.

La guerre en cours entre Israël et le Hamas dans la bande de Gaza continue de présenter des risques d'escalade. Le multilatéralisme est affaibli par la polarisation politique mondiale. Dans l'économie mondiale, les barrières commerciales et l'intervention de l'Etat se multiplient, ce qui signifie que le protectionnisme est de retour.

La phase de transition actuelle se caractérise par une grande instabilité et de l'incertitude. De nombreux éléments suggèrent que nous ne sommes qu'au début d'un tournant.

Le rapport contient également un bilan de la Stratégie de politique extérieure 2020–2023. Malgré des circonstances défavorables, j'ai le plaisir de vous informer que la plupart des objectifs de la stratégie ont été atteints. Notre méthode, qui consiste à fixer des objectifs clairs et à rendre compte de leur réalisation, a également fait ses preuves.

Diese inzwischen bewährte Methode wenden wir daher auch bei der Aussenpolitischen Strategie 2024–2027 an, die wir Ihnen ebenfalls heute zur Kenntnisnahme unterbreiten. Die Strategie ist die Antwort des Bundesrates auf den herausfordernden Kontext, den ich gerade skizziert habe. Sie wurde wiederum in einem interdepartementalen Prozess verfasst. Im Sinne einer notwendigen Fokussierung wurde die Zahl der Ziele von 45 auf 28 reduziert. Neu haben wir auch erstmals eine Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen und der Kantone durchgeführt. Der Bundesrat hat die Anliegen aus der Konsultation berücksichtigt.

Die Strategie setzt einige neue Akzente. Der erste Schwerpunkt liegt auf Europa. Europa hat schon aufgrund unserer geografischen Lage, Wirtschaft und Infrastruktur eine besondere Bedeutung für unsere Aussenpolitik. Weitere, neue Akzente setzt der Bundesrat mit dem Schwerpunkt Umwelt, der einen Fokus auf die Bekämpfung des Klimawandels und die Förderung der Biodiversität legt, sowie mit dem Schwerpunkt Demokratie und Gouvernanz. Die Umsetzung der Strategie ist bereits in vollem Gange.

Was Europa betrifft, so hat der Bundesrat einen Beschluss zur langfristigen Unterstützung der Ukraine gefasst. Vergangene Woche wurde ausserdem der Delegierte des Bundesrates für die Ukraine ernannt, der das neue Länderprogramm Ukraine umsetzen will. Hinzu kommt die hochrangige Konferenz zum Frieden in der Ukraine, die wir Mitte Juni auf dem Bürgenstock durchgeführt haben. 101 Delegationen nahmen daran teil, 88 Staaten und fünf internationale Organisationen unterstützten das "joint communiqué", das wir dort veröffentlichten. Wir setzen unsere Bemühungen dahin gehend fort, dass eine nächste Konferenz auch mit Russland stattfinden kann und Friedensgespräche möglich werden. Ein weiteres Ziel beim Schwerpunkt Europa ist die Regelung der Verhältnisse zur EU. Seit der Aufnahme der Verhandlungen im März fanden mehr als 70 Sitzungen statt. Der Bundesrat treibt die Verhandlungen weiterhin voran.

Auch die Stärkung unserer Beziehungen mit Schlüsselpartnern in anderen Weltregionen kommt voran. Auch hier war zum Beispiel die Ausrichtung der Konferenz zum Frieden in der Ukraine nützlich. Das wichtigste Beispiel für diese Stärkung ist der erfolgreiche Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indien im März dieses Jahres. Auch das Freihandelsabkommen mit Chile wurde modernisiert. Zudem arbeitet der Bundesrat an einem Verhandlungsmandat für die Erneuerung des Freihandelsabkommens mit China. Ihre Aussenpolitische Kommission wurde dazu bereits konsultiert. Diese Arbeiten dienen auch der Resilienz unserer Volkswirtschaft und fördern die Umsetzung des Schwerpunkts Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.

Für den Schwerpunkt Multilateralismus schliesslich ist die Strategie Multilateralismus und Gaststaat 2026–2029 in Erarbeitung. Die Strategie wird darlegen, wie die Schweiz zu einem fokussierten und subsidiären Multilateralismus beitragen und das internationale Genf stärken kann. Dieses Jahr werden wir zudem die Interaktion zwischen Wissenschaft und Diplomatie mit den Leitlinien zur Science Diplomacy vorantreiben.

Im Schwerpunkt Frieden und Sicherheit haben wir auch über die Ukraine-Konferenz hinaus die guten Dienste der Schweiz stärken können. Ein Beispiel ist die Übernahme eines Mediationsmandats für Niger. Es ist auch in unserem Interesse, dass der Sahelstaat mit allen Parteien in Kontakt bleiben kann. Ein weiteres Beispiel ist die Sudan-Konferenz, die wir im August auf Anfrage der USA und gemeinsam mit Saudi-Arabien in der Schweiz durchgeführt haben. Als Ergebnis hat sich eine neue Koalition aus westlichen und nordafrikanischen Staaten sowie Golfstaaten gebildet, die diese Arbeit weiter vorantreibt. Diese setzt sich für den humanitären Zugang, den Schutz der Zivilbevölkerung und Waffenstillstandsverhandlungen ein.

Im Rahmen des Schwerpunkts Umwelt konnte mit Norwegen eine neue Vereinbarung zur Einlagerung von Kohlenstoffdioxid abgeschlossen werden. Im Schwerpunkt Demokratie und Gouvernanz finalisieren wir derzeit die Leitlinien Demokratie, die unsere Arbeit in diesem Bereich definieren werden.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2024 • Erste Sitzung • 09.09.24 • 14h30 • 24.009
Conseil national • Session d'automne 2024 • Première séance • 09.09.24 • 14h30 • 24.009



Sie sehen, die Umsetzung der neuen Strategie kommt bereits voran. Wir werden darüber im jährlichen aussenpolitischen Bericht im Detail Rechenschaft ablegen.

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Die Kommission beantragt, von den Berichten Kenntnis zu nehmen.

Von den Berichten wird Kenntnis genommen

Il est pris acte des rapports

